Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales		Drucksachen-Nr. 661/2002
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	21.11.2002	Beratung
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	05.12.2002	Beratung
Rat	12.12.002	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Interimslösungen für die zum 31.12.2002 gekündigten Förderrichtlinien

Beschlussvorschlag

In Abänderung des Ratsbeschlusses vom 21.03.2002 zur Kündigung von Förderrichtlinien im Bereich Soziales zum 31.12.2002 werden folgende Übergangsregelungen für 2003 beschlossen:

1. Für die **Förderung der Beratungsstelle für Nichtsesshafte/Netzwerk Wohnungsnot** werden gemäß der bestehenden Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Landschaftsverband Rheinland die erforderlichen Haushaltsmittel in 2003 bereitgestellt.
 Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Landschaftsverband Rheinland im Sinne der Rahmenrichtlinien eine Zielvereinbarung für dieses Aufgabengebiet – unter Einbeziehung der entsprechenden Leistungen der Produktgruppen 500 + 502 – zu erarbeiten und dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss zur Beschlussfassung spätestens in der 3. Sitzung 2003 vorzulegen.
 Auf dieser Basis soll mit den beiden Trägern (Diakonie + Caritas) eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden.
2. Die **Förderung des Ausländerzentrums** in 2003 wird um 10% gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 gekürzt.
 Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Zuwanderungsgesetzes und der Leistungen der Produktgruppe 502 eine Zielvereinbarung für die Migrations- und Integrationsarbeit dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss unter Beteiligung des Ausländerbeirates bis Som-

mer 2003 vorzulegen. Auf der Basis der Zielvereinbarung sollen mit den beteiligten Trägern in 2003 Leistungsvereinbarungen für die Arbeit ab 1.1.2004 abgeschlossen werden.

3. Für die mit o. g. Beschluss zum 31.12.2002 gekündigte **Förderung von Vereinen und Verbänden, die soziale Zwecke verfolgen**, wird folgende Vorgehensweise beschlossen:
 - a) Für die Förderung der Vereine und Verbände sollen in den Haushalt 2003 bis zu 155.000 Euro eingestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss in Abstimmung mit den freien Trägern eine Liste vorzulegen, wie die Mittel im Jahre 2003 auf die beteiligten Vereine und Verbände aufgeteilt werden.
 - b) Vorrangig abzusichern sind die Zuwendungen für Personalkosten, die Förderung der Behindertenfreizeit und die Zuschüsse zu Mietkosten, soweit die Räume auch zur Unterstützung von ehrenamtlichen Aktivitäten oder Selbsthilfegruppen genutzt werden.
 - c) Die Verwaltung legt dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss im Laufe des Jahres 2003 Entwürfe für Zielvereinbarungen für die betroffenen Arbeitsbereiche (z.B.: Ehrenamt/ bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, Behindertenhilfe) zur Beschlussfassung vor. Soweit über die betroffenen Haushaltsstellen auch Aufgaben mitgefördert werden, die anderen Teilbereichen zuzuordnen sind (z.B.: Jugendhilfe, Nichtsesshaftenhilfe), ist die künftige Förderung über diese Bereiche abzusichern.

Sachdarstellung / Begründung

Der Rat hat in seiner Sitzung am 21.03.2002 auf Empfehlung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses eine Reihe von Förderrichtlinien im Bereich Soziales zum 31.12.2002 gekündigt und zugleich die Verwaltung beauftragt, mit den betroffenen freien Trägern neue Förderkonzepte und –konditionen auszuhandeln sowie dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss für die Förderbereiche Zielvereinbarungen vorzulegen.

Der im Frühjahr 2002 angestrebte Zeitplan hat sich nicht realisieren lassen. Die als Grundlage für Ziel- und Leistungsvereinbarungen erforderlichen Rahmenrichtlinien wurden durch den Rat am 10.10.2002 beschlossen.

Von der Kündigung sind folgende Haushaltstellen betroffen:

Haushaltsstelle	Förderbereich	Volumen 2002
1.470.717.10	Zuschüsse sonstige Verbände	48.573 €
1.470.717.44	Personalkostenzuschüsse sonst. Verbände	114.690 €
1.499.530.00	Mieten, Pachten, Sonstiges	511 €
1.499.782.08	Mietzuschüsse Vereine, Verbände	7.669 €
1.499.781.00	Zuschüsse Behindertenfreizeiten	1.023 €
1.470.717.28	Altenbetreuung	373.243 €
1.470.717.36	Ausländerbetreuung/Migrationszentrum	37.988 €
1.470.717.52	Nichtsesshaftenhilfe	46.188 €
	Gesamtbetrag	629.885 €

Derzeit liegt für den Bereich Altenhilfe/-betreuung (u. a. Förderung der Senioren-Begegnungsstätten und Altenclubs) eine Zielvereinbarung vor, die im Jugendhilfe- und Sozialausschuss in der Sitzung am 25.09.2002 in erster Lesung beraten wurde und in der Sitzung am 21.11.2002 abschließend behandelt werden soll. Zugleich finden derzeit mit den betroffenen Trägern Verhandlungen über entsprechende Leistungsvereinbarungen statt. Voraussichtlich können die Gespräche noch in 2002 abgeschlossen werden.

Für die übrigen Bereiche empfiehlt die Verwaltung Übergangslösungen zu beschließen, da keine erforderlichen Anschlussregelungen zum Kündigungstermin vorliegen werden, aber durch die bisherige Beschlussfassung nicht die vollständige Einstellung der Förderung beabsichtigt war. Die Rahmenrichtlinien erfordern, dass zwischen Rat/Jugendhilfe- und Sozialausschuss und Verwaltung entsprechende Zielvereinbarungen abgeschlossen und diese seitens der Verwaltung mit den freien Trägern durch Leistungsvereinbarungen umgesetzt werden. Die entsprechenden Regelungen sind auf die spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Arbeitsbereiche abzustellen.

1. Nichtsesshaftenhilfe

Die Förderung der Beratungsstelle für Nichtsesshafte/Netzwerk Wohnungsnot erfolgt auf Basis einer Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Grundlage ist die entsprechende Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland. Diese regelt die Anforderungen an den Träger bzw. die Einrichtung. Die Mitfinanzierung erfolgt auch im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Aufgaben- und Finanzverantwortung in der Sozialhilfe. Damit wird die entsprechende gesetzliche Verpflichtung nach dem BSHG erfüllt. Eine Kürzung dieser Mittel ist nicht umsetzbar, viel mehr wurde eine moderate Erhöhung (2%) berücksichtigt, da weit überwiegend Personalkosten bezuschusst werden.

(Einige Aufgaben sind bei der Verwaltung verblieben, insbesondere Vermeidung von Woh-

nungslosigkeit und Unterbringung von Obdachlosen. Diese sollen bei der Erarbeitung der Zielvereinbarung mit erfasst werden.)

2. Ausländerzentrum

Aus dieser Haushaltsposition wird das Migrationszentrum der Caritas RheinBerg gefördert. Die Finanzierung erfolgt ergänzend zu Bundes-, Landes- und Eigenmittel.

Auch weiterhin ist eine konsequente Migrations- und Integrationsarbeit erforderlich, auch um Folgekosten für die Stadt zu vermeiden. Unter Berücksichtigung der prekären Haushaltssituation schlägt die Verwaltung dennoch eine 10-prozentige Kürzung vor.

(Auch in diesem Bereich werden Teilaufgaben durch die Verwaltung [Produktgruppe 502, insb. Betreuung der untergebrachten Personen] erbracht.)

3. Förderung der Vereine und Verbände, die soziale Zwecke verfolgen:

Aus den betroffenen Haushaltsstellen werden eine Vielzahl von Verbände und Vereinen in einem breiten Aufgabenspektrum gefördert. Die Haushaltsmittel werden sowohl zweckbezogen (also für bestimmte Aufgaben und Angebote) als auch einrichtungsbezogen oder zur allgemeinen Förderung eingesetzt. Sie haben in der Vergangenheit mit zur Entwicklung der ausdifferenzierten Angebotspalette beigetragen und insbesondere kleineren Vereinen und Initiativen den Beginn und die Fortführung ihrer Arbeit ermöglicht.

Aus Sicht der Verwaltung ist durch eine Vielzahl von Gesprächen und Verhandlungen zu erreichen, dass eine Reduzierung des Zuschussvolumens erreicht wird, ohne dass die bestehenden Strukturen zerschlagen werden. Für 2003 sollen vorrangig die Förderung von Personalkosten abgesichert und das Gesamtvolumen um 10% reduziert werden.

Angestrebt wird neben einer weiteren Senkung die Umschichtung der Haushaltsmittel zur Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement sowie zur Förderung von Projekten.

Finanzielle Auswirkungen vorstehender Vorschläge:

Haushaltsstelle	Förderbereich	Volumen 2002	Volumen 2003	
1.470.717.10	Zuschüsse sonstige Verbände	48.573 €	31.618 €	-35%
1.470.717.44	Personalkostenzuschüsse sonst. Verbände	114.690 €	114.690 €	
1.499.530.00	Mieten, Pachten, Sonstiges	511 €	- €	
1.499.782.08	Mietzuschüsse Vereine, Verbände	7.669 €	7.669 €	
1.499.781.00	Zuschüsse Behindertenfreizeiten	1.023 €	1.023 €	
1.470.717.28	Altenbetreuung	373.243 €	329.000 €	-12%
1.470.717.36	Ausländerbetreuung/Migrationszentrum	37.988 €	34.189 €	-10%
1.470.717.52	Nichtsesshaftenhilfe	46.188 €	47.112 €	2%
	Gesamtbetrag	629.885 €	565.301 €	
	Kürzungsvolumen		64.584 €	10,25%
	Kürzungsvolumen ohne Altenbetreuung		20.341 €	7,93%
	Kürzungsvolumen Altenbetreuung		44.243 €	11,85%